

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(77. - teilweise vertrauliche - Sitzung am 7. September 2016)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/6042 neu

Der Ausschuss ließ sich durch den GBD über den Beratungsstand im - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen informieren und schloss sodann die Mitberatung ohne Abgabe einer Empfehlung ab.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufnahmegesetzes und des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/6043

Der Ausschuss ließ sich durch den GBD über den Beratungsstand im - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen informieren und schloss sodann die Mitberatung ohne Abgabe einer Empfehlung ab.

3. **Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5736

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit zwei redaktionellen Änderungen anzunehmen.

4. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung der §§ 43 - 45 a des Aufenthaltsgesetzes (Nds. Integrationsgesetz - NIntG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 17/4769

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

5. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:**

Organstreitverfahren der Abgeordneten Thomas Adasch, Christian Grascha u. a. gegen den Niedersächsischen Landtag wegen Einsetzung des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses („Mögliche Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen“) – StGH 1/16

Der Ausschuss nahm das Schreiben des Präsidenten des Staatsgerichtshofs ohne weitere Beschlussempfehlung zur Kenntnis.

6. **Gesetz zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/6237

Der Ausschuss verständigte sich darauf, sich in einer seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung zu den verfassungsrechtlichen Aspekten des Gesetzentwurfs unterrichten zu lassen und im Anschluss daran eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Über den Kreis der Anzuhörenden soll eine Abstimmung der Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen erfolgen.

7. **Rechtsreferendariat praxisnah und familienfreundlich gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/6245

Der Ausschuss verständigte sich darauf, sich in einer seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen.

Vertraulicher Sitzungsteil

8. **Unterrichtung durch das Justizministerium über personelle und sachliche Maßnahmen zur weiteren Bewältigung von Belastungen der Justiz im Zusammenhang mit Verfahren im Komplex VW am Standort Braunschweig**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in einem **vertraulichen Sitzungsteil** entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

9. **Unterrichtung durch die Landesregierung über abgeschlossene und ggf. noch laufende strafrechtliche Ermittlungen gegen Saleh S.**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in einem **vertraulichen Sitzungsteil** entgegen und führte darüber eine Aussprache.*